

„Asylpolitik dient der Abschreckung“

Migrationsbeauftragte Doris Schröder-Köpf fordert Politikwandel

VON NORBERT MIERZOWSKY

HILDESHEIM. Sie ist Mitte 20 und hat ein halbes Jahr im Lager zugebracht. In Deutschland. Eine Ausbildung wurde ihr verweigert, Hausaufgaben musste sie auf dem Fußboden eines fünf Quadratmeter kleinen Zimmers machen, das sie sich mit anderen teilen musste. Gestern saß Nurjana Arslanova auf dem Abschlusspodium der Uni zum Thema Menschenrecht auf Bildung.

Eines von vielen Beispielen dafür, wie Einwanderern und Flüchtlingen der Aufenthalt in Deutschland zur Hölle gemacht wird. Ursache dafür ist eine Asylpolitik aus den 90er Jahren, als als Folge des Völkermordes auf dem Balkan Flüchtlinge nach Deutschland kamen, um Zuflucht zu suchen – auf dem Höhepunkt einer wirtschaftlichen Krise, schildert Doris Schröder-Köpf die heutige Schräglage. Sie ist die Landesbeauftragte in Niedersachsen für Migration und Teilhabe: „Diese Asylpolitik dient der Abschreckung, deswegen die Hürden und Sperren, um die Menschen zu bewegen, in ihr Heimatland zurückzukehren.“ Eine Politik, die nicht funktioniert habe. In Niedersachsen ändere sich das. Eine Einschätzung, die auch Kai Weber teilt. Er ist Geschäftsführer des Flüchtlingsrates und damit einer der schärfsten Gegner von Behörden und Ministerien,



Wie kann man Migranten und Flüchtlingen helfen? Moderator Hannes Schamman befragt Kai Weber, Doris Schröder-Köpf, Nurjana Arslanova und Ursula Oehlschlager in der Uni.

Foto: Gossmann

die Abschiebungspolitik betreiben – wie am Beispiel der Gazale-Familie auch in Hildesheim geschehen.

Einig war sich die Runde, dass für Kinder und Jugendliche, deren Eltern sich für eine Flucht nach Deutschland entschieden haben, Möglichkeiten eröffnet werden müssen, nicht nur die Schule erfolgreich zu besuchen, sondern auch das Recht auf eine Ausbildung zu bekommen. Dass Schulen bereit sind, dafür mehr zu tun, zeigte Ursula Oehlschlager von der Pfaffenstieg-Grundschule auf. Trotzdem wünscht sie sich mehr Unterstützung, beispielsweise durch einen Schulsozialarbeiter: „Den kriegen wir

nicht.“ Schröder-Köpf hofft auf eine politische Chance für den Kurswechsel, weil die Akzeptanz von Flüchtlingen steigt. Auch in der Wirtschaft. Persönlich sieht sie Deutschland in der Pflicht: „Wir können diese Menschen aufnehmen, aber wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz.“ Kai Weber warnte vor einer Sichtweise, die Flüchtlinge nicht mehr menschlich, sondern nur ökonomisch betrachte. Trotzdem rechnete er auch vor: „Wir wissen, dass Migranten mit Schul- und Berufsausbildung in Deutschland eine sinnvolle Investition auch in die Herkunftsländer sein können.“ Entwicklungshilfe also.